

https://kommunisten.ch/index.php?article_id=1899

Kommunistische Parteien zum Konflikt in der Ukraine: «Folge des Nato-Expansionismus».

1. März 2022

Die russischen Militäroperationen in der Ukraine, die am vergangenen Donnerstag begonnen haben ([hier lesen](#)) und laut Moskau auf die «Entmilitarisierung und Entnazifizierung» des Landes abzielen, haben die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wieder auf die ehemalige Sowjetrepublik gelenkt, deren inneren Konflikt viele (vor allem unter den Journalisten) bis dahin weitgehend «vergessen» hatten. Nicht so unser Portal, das die Entwicklung der Kämpfe im Donbass, wo die Spannungen seit einem Jahr zunehmen, regelmässig verfolgt ([hier lesen](#)). Die russische Intervention markiert nun einen Wendepunkt im Ukraine-Konflikt, der das Kräfteverhältnis in der Region erheblich verändern wird: Welche Position nehmen die Kommunisten angesichts dieser Ereignisse ein?

Für die russischen Kommunisten hat die «Eindämmung der Aggression der NATO» Priorität.

Eine der ersten kommunistischen Parteien, die sich zu Wort meldete, war die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die zweitgrösste politische Kraft des Landes nach der Partei «Einiges Russland» von Präsident Wladimir Putin, die bei den letzten Wahlen rund 20% der Stimmen erhielt. In einer Erklärung des Vorsitzenden des Zentralkomitees, Gennadji Sjuganow, erinnerte die KPRF an den Prozess der Militarisierung Osteuropas nach der Auflösung des Warschauer Paktes und bezeichnete die Aussenpolitik der USA als «Abenteurertum». Hartes Urteil über die Situation in der Ukraine nach dem Putsch von 2014: Die eigentliche Politik auf dem Territorium der Ukraine wird oft von rasenden Nationalisten diktiert. Sie terrorisieren das ukrainische Volk und setzen ihre eigene aggressive politische Linie an der Macht durch. Indem er sich diesem Druck beugte, hat Selensky die Interessen seiner Mitbürger verraten, die ihn gewählt haben, weil er ihnen Frieden im Donbass und gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland versprochen hat». Sjuganow rief zur Verteidigung der Bürger der Donbass-Republiken auf und betonte, was Priorität hat: «Es ist dringend geboten, die Kiewer Provokateure zum Frieden zu zwingen und die Aggression der NATO einzudämmen. Nur die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine wird einen soliden Schutz für die Völker Russlands, der Ukraine und ganz Europas bieten».

Die Kommunistische Partei der Volksrepublik Donezk, deren Sekretär Boris Litwinow die Anerkennung der beiden Republiken durch Russland begrüsst (lesen Sie hier), erklärte, auf diese Entscheidung habe man seit 2014 gewartet.

Europäische Kommunisten fordern einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen

In einer Erklärung bezeichnete die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) die Ereignisse der letzten Tage als «eine seit Jahren vom Westen und der NATO geförderte Eskalation». Unter Hinweis auf die Ursachen der russischen Militärintervention (Ausweitung des atlantischen Bündnisses nach Osten, nationalistischer Putsch von 2014, Krieg gegen die Donbass-Republiken, wiederholte Verstösse gegen die Minsker Vereinbarungen) fordert die von Patrick Köbele geführte Partei die Aufnahme von «sofortigen Verhandlungen zwischen der Ukraine, den Donbass-Volksrepubliken und der Russischen Föderation als Voraussetzung für

die Beendigung der Kriegshandlungen». An die Adresse ihrer Regierung gerichtet (die kürzlich Waffenlieferungen an die Ukraine genehmigt hat), fordert die DKP den Abzug aller Truppen aus den Ländern östlich von Deutschland, ein Ende der Sanktionspolitik gegen Russland sowie den Austritt aus der NATO und eine Kürzung des Militärhaushalts.

Auch die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) äusserte ihre «tiefe Besorgnis über die schwerwiegenden Entwicklungen in Osteuropa» und forderte «eine dringende Deeskalation des Konflikts, einen Waffenstillstand und die Eröffnung eines Weges zu Verhandlungen». In einer Pressemitteilung vertritt die von *Jeronimo de Sousa* geführte Partei die Auffassung, dass «die Verschärfung der Situation untrennbar mit der gefährlichen Strategie der Spannung und Konfrontation verbunden ist, die von den USA, der NATO und der EU gegen Russland vorangetrieben wird und die die kontinuierliche Erweiterung der NATO und die Stärkung ihres offensiven Militärapparats beinhaltet». Unter Betonung ihres kapitalistischen Charakters stellt der PCP jedoch fest, dass «es undenkbar ist, dass Russland, dessen Volk in der Geschichte kolossale Aggressionen erlebt hat, es für akzeptabel hält, eine militärische Belagerung seiner Grenzen durch eine weitere Nato-Erweiterung zu verstärken».

Für die US-Kommunisten lautet die Parole «Nein zum Krieg mit Russland»

Die Kommunistische Partei der USA (CPUSA) fordert Präsident Joe Biden zu einem sofortigen «Kurswechsel» auf: Für die US-Kommunisten «besteht kein Zweifel, dass der Versuch des US-Imperialismus und der NATO, die Ukraine in das Militärbündnis einzubinden, die Spannungen verschärft hat; ein dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn die Ukraine der NATO fernbleibt» (lesen Sie hier). Die CPUSA fordert sowohl die westlichen Länder als auch Russland auf, ihre Truppen abzuziehen, und weist auf die Hintergründe der russischen Intervention hin und gibt ihre eigenen Parolen aus: «Nein zur NATO-Erweiterung, Nein zur Truppenstationierung, Nein zum Krieg gegen Russland».

Die Position der Partei für Sozialismus und Befreiung (PSL), die auch in den USA aktiv ist, ist klarer. Sie erkennt die derzeitige Situation als «vermeidbare Tragödie» an: «Wenn wir die russische Invasion nicht unterstützen, behalten wir uns unsere schärfste Verurteilung der US-Regierung vor, die die legitimen Sicherheitsanliegen Russlands in der Region mit einer totalen Unnachgiebigkeit zurückgewiesen hat, von der sie wusste, dass sie einen solchen Krieg provozieren könnte». Für die PSL unter der Leitung von Gloria La Riva «bedeutet die Anerkennung der legitimen Sicherheitsbedenken Russlands nicht die Unterstützung aller seiner Militäraktionen: Die Rolle der Antikriegsbewegung besteht nicht darin, der Linie der Länder zu folgen, die mit dem US-Imperialismus in Konflikt stehen, sondern ein unabhängiges Programm des Friedens, der Solidarität und des Antiimperialismus zu präsentieren».

In Südamerika überwiegt das Verständnis für russische Begründungen

Die lateinamerikanischen kommunistischen Parteien gehen in ihrer Einschätzung der Lage in der Ukraine noch weiter und teilen im Grunde die Position der russischen PCFR. So führt die Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB) die Eskalation auf die «Expansionspolitik der USA und der NATO in Osteuropa» zurück, deren Ziel es sei, «Konflikte und Widersprüche in den Nachbarländern Russlands anzuzetteln», was «in einer Zeit, in der die USA einen relativen Rückgang ihrer Hegemonie erleben und sich durch das Bündnis zwischen Russland und China bedroht fühlen, in verschärfter Form geschieht». In ihrer Erklärung verteidigt die von Luciana Santos geführte Partei den Beginn einer Phase der Diplomatie und des

Dialogs, die «die Berücksichtigung der berechtigten Sorgen Russlands um seine Sicherheit und die Aufhebung der Belagerung seiner Grenzen durch die NATO erfordert».

Die Kommunistische Partei Argentiniens vertrat einen ähnlichen Standpunkt und wandte sich gegen die Provokationen gegenüber Russland: «Die Vereinigten Staaten, die an der Spitze eines krisengeschüttelten kapitalistischen Systems stehen, versuchen, ihre anfechtbare Hegemonie, ihr verbeultes unipolares Modell, mit Provokationen, Destabilisierungen und militärischen Interventionen aufrechtzuerhalten». Lateinamerika und die Karibik können zahlreiche Beispiele für die nordamerikanische Einmischung liefern, was die argentinischen Kommunisten dazu veranlasst, ihre Regierung zu kritisieren, weil sie den Forderungen der NATO zu sehr nachgibt: «Russland aufzufordern, «die militärischen Aktionen in der Ukraine einzustellen», ist nichts anderes als eine gefährliche und zunehmende Anpassung an die Politik der Vereinigten Staaten und der von ihnen kontrollierten internationalen Gremien».

Auch die Sozialistische Volkspartei Mexikos (PPSM) sieht in einer Erklärung einen historischen Phasenwechsel in den aktuellen Ereignissen in der Ukraine: «Der Beginn der russischen Militäroperation auf ukrainischem Territorium stellt den unvermeidlichen qualitativen Sprung dar, der den vorangegangenen quantitativen Veränderungen folgt, die sich in den letzten Jahren manifestiert haben» (Konflikt in Georgien 2008, Putsch in der Ukraine, Aggression im Donbass). Aus diesem Grund «lehnt es die Sozialistische Volkspartei Mexikos ab, Russland und seine Aktionen mit denen des von den USA befehligten und von der EU und der NATO flankierten imperialistischen Blocks gleichzusetzen, die die akuteste und aggressivste Form des Imperialismus unserer Zeit darstellen».

Schweizer KP fordert Neutralität, lehnt aber Äquidistanz ab

In einer am Sonntag von ihrem Zentralkomitee verabschiedeten Resolution äusserte die Kommunistische Partei der Schweiz ausserdem «grosse Besorgnis über die Entscheidung der Regierung der Russischen Föderation, eine militärische Operation auf dem Territorium der Ukraine durchzuführen». Die Kommunistische Partei der Schweiz ist gegen den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten, lehnt aber «die Theorie der so genannten 'Äquidistanz' ab, die die Russische Föderation auf die gleiche Stufe stellt wie die imperialistischen Kräfte unter der Führung der USA und ihrer europäischen Partner, die diesen Krieg gewollt und vorbereitet haben». Daher seine Position zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine: Das ZK der KP «hält es für dringend erforderlich, jetzt einen Waffenstillstand auszurufen, unverzüglich Verhandlungen über eine politische Lösung des aktuellen Konflikts aufzunehmen und mit der Abrüstung des Landes auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu beginnen». In diesem Sinne bedauert sie die weitere Lieferung von Waffen durch westliche Länder und die Entscheidung der ukrainischen Regierung, diese an Zivilisten zu verteilen und sie damit zu potenziellen Zielen zu machen.

Die von *Massimiliano Ay* geführte Partei analysierte auch die Haltung der Schweiz zu den Ereignissen in der Ukraine: «Im Interesse unseres Landes und des Schweizer Volkes ist es notwendig, am Prinzip der Neutralität festzuhalten, ohne sich von den Interessen der EU und der USA beeinflussen zu lassen. Wir halten es für einen schweren Fehler, dass sich die Schweiz den einseitig von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland anschliesst, ohne jemals eine ähnliche Position eingenommen zu haben, auch nicht nach dem Putsch von 2014. Andererseits weisen die Schweizer Kommunisten darauf hin, dass es ziemlich kompliziert ist, Sanktionen zu verhängen und gleichzeitig anzubieten, zu vermitteln, um den Dialog wieder

aufzunehmen: Die «guten Dienste», die die Schweiz traditionell anbietet, um Konflikte auf diplomatischem Wege zu lösen, laufen daher Gefahr, unwiderruflich kompromittiert zu werden.

Stehen wir an einem Wechsel der historischen Phase?

Die Positionen der kommunistischen und Arbeiterparteien in der ganzen Welt sind daher kritisch gegenüber dem russischen Vorgehen und fordern eine diplomatische Lösung des Konflikts, verurteilen ihn aber nicht rundweg. Indem sie die langfristige Dynamik, die zu dieser Situation geführt hat, hervorheben, betonen die Kommunistischen Parteien zwei Elemente: die faschistische Gefahr des ukrainischen Regimes einerseits und die Tatsache, dass die Schwellenländer die westlichen Provokationen, an denen es in den letzten Jahren nicht gefehlt hat (vom Kosovo bis Libyen), nicht länger passiv hinnehmen müssen. Dieser letzte Aspekt deutet auf einen entscheidenden Wendepunkt in der internationalen Politik hin, der einen Wechsel der historischen Phase einleiten könnte, über den sich die Kommunisten – insbesondere die des Westens – eingehend Gedanken machen müssten: Die Zeit der unipolaren Hegemonie und der einseitigen Aggression des Imperialismus könnte angesichts der zunehmenden Entschlossenheit regionaler Mächte, die auf die Herstellung neuer geopolitischer Gleichgewichte und die Schaffung einer multipolaren Welt drängen, in der sich der Westen in einer radikal neuen Grösse wiederfinden würde, zu Ende sein.

Der Text ist erstmals am 1. März 2022 in sinistra.ch erschienen. Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

https://kommunisten.ch/index.php?article_id=1898

An die Schweizer Neutralität halten – Abrüstung und Frieden in der Ukraine!

Entschliessung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vom 27. Februar 2022

1. Wir sind sehr besorgt über die Entscheidung der Regierung der Russischen Föderation, eine Militäroperation auf dem Territorium der Ukraine durchzuführen und damit weit über die Donbass-Republiken hinauszugehen, mit denen wir seit Jahren solidarisch sind. Während der Anti-Kriegs-Kundgebung am 19. Februar in Bellinzona haben wir deutlich gemacht, dass die Spannungen hoch sind und dass jede Entscheidung Moskaus verurteilt werden würde: Wenn es nicht eingreift, würde die ukrainische Armee ihre ethnischen Säuberungen im Donbass fortsetzen; wenn es aber eingreift – wie damals beschlossen –, würde es beschuldigt werden, ein souveränes Land besetzen zu wollen. Mit der Lieferung von Waffen an die ukrainische Armee in ihrem Krieg gegen die russische Bevölkerung im Donbass wollten die USA einen casus belli schaffen. Moskau, das sich den nuklearen Drohungen des Westens nicht beugen konnte und die Einkreisung seines Territoriums vermeiden musste, reagierte, indem es zunächst die beiden von der Ukraine bombardierten Volksrepubliken Lugansk und Donezk anerkannte und dann direkt gegen das Kiewer Regime intervenierte, um die Entmilitarisierung und

Entnazifizierung zu erreichen und die Massaker an der Zivilbevölkerung im Donbass zu beenden.

2. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist sich dieser schwierigen Situation bewusst, lehnt aber Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten ab und fordert einen sofortigen Waffenstillstand. Wir lehnen jedoch die Theorie der so genannten «Äquidistanz» ab, die die Russische Föderation auf eine Stufe mit den imperialistischen Kräften unter Führung der USA und ihrer europäischen Partner stellt, die diesen Krieg gewollt und vorbereitet haben. Letzteres sollte im Kontext der historischen Epoche gelesen werden, in der wir leben, deren Hauptwiderspruch darin besteht, dass die abnehmende euro-atlantische Unipolarität aktiv mit dem unaufhaltsamen Aufkommen Eurasiens und der Multipolarität kollidiert.

3. Es sei darauf hingewiesen, dass alles im Jahr 2014 begann, als der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch beschloss, der Erpressung zur Unterzeichnung des Vorbeitrittsvertrags der Ukraine mit der EU nicht nachzugeben. Diese legitime Entscheidung löste einen gewaltsamen, ungerichteten und offen nazifaschistischen Putsch aus. Die so genannte “Euromaidan”-Bewegung, die von der medialen, politischen und militärischen Unterstützung des atlantischen Imperialismus unterstützt wurde, stürzte die ukrainische Regierung, verbot die Kommunistische Partei der Ukraine (eine politische Kraft mit mehr als 30 Abgeordneten und 13 % der Stimmen), setzte das Haus der Gewerkschaften in Odessa in Brand, ermordete Gewerkschafter und Arbeiter, darunter auch Minderjährige, führte Rassengesetze gegen die russische Bevölkerung ein und begann eine Militäroffensive gegen die Donbass-Regionen. Seitdem ist die Ukraine wieder unter die Kontrolle der USA und der EU geraten, mit der Absicht, sie in den Einflussbereich der NATO einzugliedern. Das Vergessen dieser Tatsachen hindert uns daran, die Ursachen der gegenwärtigen Situation zu verstehen und somit eine Lösung zu finden, die die legitimen Interessen, um die es geht, respektiert und somit dem Frieden tatsächlich förderlich ist. Das ukrainische Regime, das von der NATO unterstützt wird, hat sich von Anfang an geweigert, über irgendwelche Rechte für die russische Bevölkerung zu verhandeln, und damit die Minsker Vereinbarungen sabotiert. Die aktuelle Eskalation des Konflikts in der Ukraine hat jedoch noch weiter zurückliegende Ursachen, die mit der kriegesischen Strategie der USA und der EU zusammenhängen. Diese Strategie begünstigte nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion nicht nur ein Wettüben in den osteuropäischen Ländern, sondern vor allem die weitere Expansion der NATO hinter den Grenzen Russlands. Die 1991 von den USA eingegangene Verpflichtung, die NATO nicht nach Osten zu erweitern und dabei die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes einzubeziehen, wurde wiederholt missachtet, und Washington hat in Rumänien und Polen eigene Militärstützpunkte mit strategischen Raketen eingerichtet, die auf Russland gerichtet sind, was nicht nur eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands, sondern generell für den gesamten eurasischen Raum darstellt und den Prozess der wirtschaftlichen und politischen Integration behindert.

4. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hält es für dringend geboten, jetzt einen Waffenstillstand auszurufen, unverzüglich Verhandlungen über eine politische Lösung des andauernden Konflikts, der bereits zu viele Menschenleben gekostet hat, wieder aufzunehmen und mit der Abrüstung des Landes auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu beginnen. In diesem Sinne appellieren wir an die Schweizer Regierung, ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen, um die Entspannung zu fördern und den Dialog zwischen den Parteien wiederherzustellen, was unserer gemeinsamen Sicherheit zugute kommt: Erwägen Sie, einen Schweizer Standort für

diese Verhandlungen anzubieten, die in unser aller Interesse sind. Wir werden unsererseits auch Gespräche mit der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, der Kommunistischen Partei der Ukraine und der Kommunistischen Partei der Volksrepublik Donetsk aufnehmen und deren humanitäre Initiativen unterstützen.

5. Im Interesse unseres Landes und des Schweizer Volkes müssen wir uns an den Grundsatz der Neutralität halten und dürfen uns nicht von den Interessen der EU und der USA beeinflussen lassen, die bis zuletzt die Russophobie geschürt und die Ukraine gezwungen haben, Russland bis aufs Äusserste zu provozieren. Neutralität würde von der Schweiz verlangen, dass sie den Schritt Moskaus als völkerrechtswidrigen Akt und als Verletzung der ukrainischen Souveränität bezeichnet, ohne dabei zu vergessen, die seit acht Jahren andauernde Repression gegen die russische Bevölkerung im Donbass und die fortgesetzte Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch das ukrainische Regime zu verurteilen. Ebenso halten wir es für einen schwerwiegenden Fehler, dass sich die Schweiz den einseitig von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland anschliesst, ohne jemals, auch nicht nach dem Staatsstreich von 2014, eine ähnliche Position gegen das Kiewer Regime und seine abscheulichen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Donbass, auch mit Hilfe von nazifaschistischen Truppen, eingenommen zu haben. Die Verhängung von Sanktionen und das gleichzeitige Angebot, zu vermitteln, um den Dialog wieder aufzunehmen, erscheint gelinde gesagt kompliziert.

6. Wir bedauern nicht nur die unverantwortliche Entscheidung des ukrainischen Regimes, Waffen an Zivilisten zu verteilen und sie damit zu potenziellen Zielen zu machen, sondern auch die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine, deren einziger Zweck es ist, Spannungen und Blutvergiessen zu verstärken. Schliesslich hoffen wir, dass zumindest in den Schweizer Medien die sehr einseitige und oberflächliche Information, die nur eine kriegerische und russophobe Kultur legitimiert, sofort ein Ende findet.